

Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2021

Women's Human Rights Campaign – Deutschland – Stand 17.09.2021

Dies ist eine Zusammenstellung der Antworten der Parteien, die 2017-2021 im Bundestag vertreten waren. Bitte beachten Sie, dass für die anstehende Wahl insgesamt 24 Parteien antreten. Wir haben uns für ein durchführbares und objektives Auswahlkriterium entschlossen. Wir geben grundsätzlich keine Wahlempfehlungen ab. Bitte wenden Sie sich bei weiteren Fragen an die entsprechenden Parteien. Hier finden Sie mehr Informationen über alle zur Wahl antretenden Parteien: <https://www.bundestagswahl-2021.de/parteien/>

Die Antworten der Parteien SPD und Linke stehen noch aus. Wir werden sie ergänzen, sobald wir sie erhalten. Da manche Parteien nur 8 Fragen erlaubten, andere aber mehr, unterscheidet sich die Anzahl an Fragen geringfügig.

1) Wie wollen Sie TSG ähnliche Gesetze zur Selbst-Deklaration von Geschlecht gegenüber Frauen rechtfertigen, die sehen, dass bereits die derzeitige rechtliche Möglichkeit, den Geschlechtseintrag zu ändern, die Würde, Privatsphäre und Sicherheit von Frauen und Mädchen verletzt?

Grüne: Die derzeitige rechtliche Möglichkeit, den Geschlechtseintrag zu ändern, verletzt nach unserer Auffassung die Würde, Privatsphäre und Sicherheit von Frauen und Mädchen nicht. Das TSG verletzt hingegen die fundamentalen Rechte von transgeschlechtlichen Personen, indem es für die Berichtigung des Geschlechtseintrages unbegründete Hürden, wie die Zwangsbegutachtung oder ein Gerichtsprozess stellt.

CDU/CSU: Es ist unbestritten, dass eine Reform des Jahrzehnte alten Transsexuellengesetzes sinnvoll ist. Ob es durch ein „Selbstbestimmungsgesetz“ ersetzt werden sollte, erscheint jedoch fraglich. CDU und CSU geht es darum, eine sinnvolle Balance zu finden zwischen Schutz und Recht auf Selbstbestimmung der Betroffenen. Wir wollen die Plausibilität des Wunschs nach einer rechtlichen Veränderung des Geschlechts verlangen, ohne dass dabei unzumutbare Hürden aufgestellt werden. Auf jeden Fall wollen wir das Transsexuellengesetz, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, auf eine neue zeitgemäße Grundlage stellen und tragfähige Lösungen entwickeln.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand müssen ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein. Ein erweitertes Offenbarungsverbot soll vor Diskriminierung schützen. Aufklärungs- und Beratungsangebote wollen wir stärken. Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den Krankenkassen übernommen werden. Medizinisch nicht notwendige genitalverändernde Operationen an intergeschlechtlichen Kindern sind wirksam zu verbieten, um deren Selbstbestimmung zu stärken.

AfD: Die Würde, Privatsphäre und Sicherheit von Frauen müssen zu jeder Zeit sichergestellt sein. Leider wird aus Ihrer Frage nicht recht klar, worin konkret diese durch die derzeit bestehenden Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrages verletzt werden.

2) Befürwortet Ihre Partei die Sterilisation Minderjähriger, die glauben, das Geschlecht ließe sich ändern, sie seien in einem "falschen Körper" und dem sei abzuhelpen, indem sie schädliche Eingriffe der „Gender“-Medizin in Anspruch nehmen?

Grüne: Über medizinische Maßnahmen, wie Operationen oder Hormonbehandlung entscheiden stets Ärzt*innen. Medizinische Fachgesellschaften verabschieden dazu autonom Richtlinien. Für uns ist es aber entscheidend, dass bei Gesundheitsleistungen sowie Operationen und Hormontherapien immer das Selbstbestimmungsrecht gesichert sein muss. Den Begriff „Gender“-Medizin lehnen wir GRÜNE ab.

CDU/CSU: CDU und CSU lehnen sog. Konversionstherapien ab. Medizinische Interventionen, die darauf gerichtet sind, die sexuelle Orientierung oder die selbstempfundene geschlechtliche Identität einer Person gezielt zu verändern oder zu unterdrücken und das Werben hierfür sollen künftig verboten werden. Dies gilt insbesondere für Konversionsbehandlungen an Minderjährigen generell sowie an Volljährigen, deren Einwilligung auf einem Willensmangel (z.B. Zwang, Drohung, Täuschung, Irrtum) beruht, wenn z.B. der Behandler sie nicht über die Schädlichkeit der Behandlung aufklärt.

FDP: Wir fordern auch, dass die Gendermedizin zwingend Teil des Medizinstudiums und der Ausbildung in den Gesundheitsberufen wird. Curricula und Fortbildungen aller Gesundheitsberufe müssen die geschlechterspezifische Medizin berücksichtigen. Zudem müssen Geschlechterunterschiede bei Forschungsprojekten und bei der Erstellung von Leitlinien besser einbezogen werden. In Deutschland ist die Gendermedizin in Forschung und Lehre unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern.

AfD: Der AfD liegen die Interessen von Kindern und Jugendlichen am Herzen. Deshalb positionieren wir uns strikt gegen sogenannte geschlechtsangleichende Operationen bei Minderjährigen. Erst im Mai 2021 hat die AfD-Fraktion im Bundestag einen Antrag zum „Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen“ eingebracht. Er wurde leider mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

3) Wie wollen Sie Frauen in deutschen Gefängnissen schützen, die mit Männern eingesperrt werden, die von sich eine weibliche „Geschlechtsidentität“ behaupten? Ein Umstand, der gegen das Folterverbot verstößt.

Grüne: Vollkommen klar ist, dass Gewaltschutz von Frauen ohne Wenn und Aber gelten muss. Frauen müssen sich sicher und diskriminierungsfrei auch in deutschen Gefängnissen fühlen können. Dies schließt selbstverständlich auch transgeschlechtliche Frauen ein. Fälle, in denen sich Menschen mit trans- oder intergeschlechtlicher Geschichte in deutschen Gefängnissen missbräuchlich verhalten haben, sind uns nicht bekannt.

CDU/CSU: Frage wurde nicht gestellt

FDP: Antwortete in einer Blockantwort (siehe 6/7/8/11)

AfD: Auch und gerade in den Justizvollzugsanstalten muss die Würde des Individuums geschützt sein. Das bedeutet, dass die Justizvollzugsbeamten durch geeignete Maßnahmen sicherstellen müssen, dass Übergriffe der Gefangenen untereinander nicht stattfinden können. Diese Pflicht trifft den Staat unabhängig vom Geschlecht der Insassen.

4) Was möchten Sie dagegen tun, dass Kindern in der Schule beigebracht wird, jede/r habe eine „Geschlechtsidentität“, das leibliche Geschlecht sei ein Spektrum und sozial konstruiert, ein „gefühltes Gender“ (=Geschlechterstereotype) hingegen unveränderbar und man könne im „falschen Körper“ sein?

Grüne: Frage wurde nicht gestellt

CDU/CSU: Die Zuständigkeit für Bildung und Lehrpläne, auch im Bereich der Sexualaufklärung, haben in unserem föderalen System die Länder inne

FDP: Antwortete in einer Blockantwort (siehe Frage 6/7/8/11)

AfD: Natürlich haben wir Menschen alle eine Geschlechtsidentität, die jedoch biologisch grundiert ist. Jeder Mensch ist entweder männlich oder weiblich, wenn man von den seltenen Fällen von Intersexualität absieht. Das biologische Geschlecht stellt insofern auch kein Spektrum dar und kann nicht beliebig sozial und kulturell beeinflusst werden. Unser Ziel besteht darin, in den Schulen wieder den Blick der Kinder auf das Wesentliche zu lenken: die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft und Ort persönlicher Geborgenheit des Einzelnen.

5) Wie wollen Sie verhindern, dass die „Leihmutterschaft“-Industrie weiterhin in Deutschland Anzeigen schaltet und Messen veranstaltet, um Deutsche zu animieren, im Ausland die Reproduktionsfähigkeit und Körper von mittellosen Frauen auszubeuten und damit deutsches Recht zu unterlaufen?

Grüne: Wir GRÜNE lehnen eine Legalisierung der Leihmutterschaft ab. Im Falle der Inanspruchnahme anderslautender Regelungen im Ausland durch deutsche Staatsangehörige muss für die Anerkennung der Wunscheltern in Deutschland stets das Kindeswohl entscheidend sein. Bei biologischer Verwandtschaft mindestens einer der Elternteile wird die Anerkennung grundsätzlich zu bejahen sein, was sowohl europäische als auch deutsche Gerichte mehrmals bestätigt haben.

CDU/CSU Frage 5+6 zusammen: CDU und CSU sind der festen Überzeugung, dass Leihmutterschaft verboten bleiben muss. Eine Leihmutterschaft birgt erhebliche Risiken und Gefahren für das Kind, aber auch für die Frauen und verstößt gegen fundamentale Wertentscheidungen unserer Rechtsordnung. Schon durch die Schwangerschaft entsteht eine enge körperliche und psychosoziale Verbindung zwischen Mutter und Kind. Streitigkeiten im Ausland zwischen Wunscheltern und Leihmüttern über die Abtreibung oder Herausgabe bestellter Kinder verdeutlichen die ethische und rechtliche Problematik. Im Abstammungsrecht muss auch deswegen daran festgehalten werden, dass die Mutter nur diejenige Frau ist, die das Kind geboren hat. Unverrückbar ist für uns auch, dass ein Kind nicht mehr als zwei rechtliche Elternteile hat.

FDP: Wir wollen ein modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz. Wir fordern die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist. Wir wollen außerdem die nichtkommerzielle Leihmutterschaft ermöglichen und fordern hierfür einen klaren Rechtsrahmen. Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen unabhängig vom Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein. Wir wollen ein digitales Verzeichnis einführen, in das sich Ärztinnen und Ärzte sowie Einrichtungen, die Sterilisationen auch bei

jungen und kinderlosen Frauen vornehmen, freiwillig eintragen lassen können. Vor allem junge kinderlose Frauen finden oftmals nicht die Möglichkeit, ihren Wunsch nach einer Sterilisation zu verwirklichen, obwohl es rechtlich problemlos möglich ist. Wir vertrauen in die Mündigkeit von volljährigen Frauen sowie Männern und möchten ihnen den Weg zu einer von ihnen gewünschten Sterilisation deshalb erleichtern.

AfD: Als AfD wissen wir, dass es das Natürlichste der Welt ist, eine Familie mit Kindern gründen zu wollen. Jedoch ist kommerzielle Leihmutterschaft aus unserer Sicht inakzeptabel. Zurecht ist sie in Deutschland gesetzlich verboten. Kommerziell orientierte Organisationen aus dem Ausland werben seit vielen Jahren um Kundschaft in Deutschland. Anzeigen sind vielfach so formuliert, dass diese rechtlich nicht zu beanstanden sind. Oft vermarkten sie sich dabei geschickt über das Internet und sprechen verzweifelte Paare und Alleinstehende an, deren sehnlichster Wunsch in einem eigenen Kind besteht. Dem treten wir entschieden entgegen.

6) Was wollen Sie dagegen unternehmen, dass auf allen politischen Ebenen, einschl. der UNO, in letzter Zeit die Begriffe Frau, Lesbe, Mutter undefiniert werden, indem nun Männer einbezogen werden, die von sich eine weibliche „Geschlechtsidentität“ behaupten (mit entsprechenden Konsequenzen für Frauen)?

Grüne: Wir teilen die Auffassung nicht, dass „auf allen politischen Ebenen, einschl. der UNO, in letzter Zeit die Begriffe Frau, Lesbe, Mutter undefiniert werden“. Die Frage der geschlechtlichen Identität ist eine höchstpersönliche, das hat auch das Bundesverfassungsgericht klar zum Ausdruck gebracht. Über sein Geschlecht kann nur eine Person Auskunft geben und das ist jeder Mensch selber.

CDU/CSU: Antwort siehe unter 5

FDP: antwortete in einer Blockantwort (Frage 6/7/8/11)

AfD: Auch hier gilt: das biologische Geschlecht ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann. Als AfD treten wir dafür ein, dass Frauen noch als Frauen und Männer noch als Männer bezeichnet werden dürfen. Es ist traurig, dass hierzu im Jahre 2021 Mut aufgebracht werden muss.

7) Was wollen Sie gegen die Diskriminierung von Frauen auf der Basis ihres Geschlechts machen, wenn Männer mit angegebener weiblicher „Geschlechtsidentität“ bei Frauensportwettkämpfen gegen Frauen antreten, was in Deutschland bereits geschieht?

Grüne: Diskriminierung im Sport lehnen wir GRÜNE ab. Die Teilnahme an einem Sportwettkampf unter falschen Voraussetzungen ist sportregelwidrig und mit den Mitteln des Sportrechts zu ahnden. Unsere grundsätzliche Kritik ist klar: Sportverbände haben das Vielfaltsthema zu lange vernachlässigt und bisher auf die traditionell binäre Codierung des Sports gesetzt. Wir fordern den Sport auch weiter auf, klare diskriminierungsfreie Regeln für Teilhabe am Sport und Zugang zu Wettkämpfen zu schaffen, einschließlich der wichtigen Frage der Geschlechtsidentität. Das Thema trans- und intergeschlechtliche Menschen im Sport ist vielschichtig. Es kann nicht auf bundespolitischer Ebene geregelt werden, sondern es ist Aufgabe der Sportverbände, hier zusammen mit betroffenen Sportler*innen zu fairen Lösungen zu kommen. Es geht hier um Inklusion, Antidiskriminierung und Chancengerechtigkeit.

CDU/CSU: Frage wurde nicht gestellt

FDP: Frage wurde nicht gestellt

AfD: Sport ist wichtig für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger in Deutschland. Schon Kinder sollen behutsam an den Sport und auch den Wettkampf herangeführt werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass nach (biologischen) Geschlechtern unterschieden werden muss. Sonst wären Frauen den Männern gegenüber stets im Nachteil. Wir treten dafür ein, an diesen althergebrachten Grundsätzen festzuhalten.

8) Was wollen Sie gegen die Diskriminierung von Frauen auf der Basis ihres Geschlecht machen, wenn Männer mit angegebener weiblicher „Geschlechtsidentität“ Quotenregelungen politischer Partizipation unterlaufen (wie bei der aktuellen Bundestagswahl bei den Parteien SPD und Grüne zu sehen)?

Grüne: Frage wurde nicht gestellt

CDU/CSU: Antwort siehe 9

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Vielfalt in Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst und damit auch für mehr Frauen in Führungspositionen ein. Gleiches soll auch für politische Positionen gelten. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen selbstverständlich werden. Außerdem treten wir dafür ein, dass sich Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber besser vergegenwärtigen müssen, bei gleichen Funktionen genauso viele weibliche wie männliche Angestellte für Weiterbildungen zu berücksichtigen. Transparenz der Maßnahmen für

mehr Diversität und Talentmanagement in Gleichstellungsberichten erhöht den öffentlichen Druck hin zu einem Kulturwandel in Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung. Statt starrer Quoten setzen wir uns für Selbstverpflichtungen ein, in denen sich größere Unternehmen verpflichten, dass sich der Anteil von Frauen einer Unternehmensebene in der Führung der jeweiligen Ebene widerspiegelt. Für die Vorstandsebene sollten sich Unternehmen ebenfalls zu einer Verbesserung des Frauenanteils verpflichten.

Wir sind überzeugt, dass Frauen weltweit eine elementare Rolle in der internationalen Friedenssicherung, Streitschlichtung und Krisenprävention spielen. Wir wollen deshalb die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktbewältigung stärken. Daher fordern wir eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel und Führungspositionen bei der UNO, der EU und im Bund. Der Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und die entsprechende Resolution 1325 der Vereinten Nationen (VN) müssen ambitioniert umgesetzt werden. Weltweit werden Krisen und Konflikte in den kommenden Jahren zunehmen. Vor allem Kinder, ältere Menschen und Frauen sind in diesen Situationen besonders betroffen. Sexualisierte Gewalt wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Form der Kriegsführung geächtet wird und Vertragsstaaten sowohl die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) als auch die Istanbul-Konvention einhalten und umsetzen.

Wir wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Es sollen sowohl der durchschnittliche als auch der mittlere Verdienstunterschied und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Gehaltsgruppen angegeben werden. Durch diese Mechanismen wollen wir Transparenz schaffen. Sie ist ein wichtiger Grundstein für die eigenverantwortliche Lösung des Problems durch Arbeitgeber und Beschäftigte.

AfD: Die AfD setzt sich gegen Geschlechterquoten in jedweder Form ein und wird dies auch weiterhin tun.

9) Was machen Sie gegen die Diskriminierung von Lesben auf der Grundlage ihres Geschlechts, wenn Männer mit angegebener weiblicher „Geschlechtsidentität“ Lesbenräume unterwandern und z.B. Coming-out-Gruppen für Lesben leiten (aktuell im Spinnboden Berlin)?

Grüne: Alle Frauen müssen sich sicher und diskriminierungsfrei im öffentlichen Raum und insbesondere in den nur Frauen und Mädchen vorbehaltenen Bereichen wie Coming-out-Gruppen für Lesben bewegen können. Dies schließt selbstverständlich auch transgeschlechtliche Frauen ein. Fälle, in denen Menschen mit transgeschlechtlicher Geschichte in Deutschland die Angebote der Schutzräume missbräuchlich genutzt haben, sind uns nicht bekannt.

CDU/CSU (Antwort auf 8 + 9 + 11 zusammen): CDU und CSU setzen sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen und den Abbau von Diskriminierungen ein. Der Gleichstellungspolitik von CDU und CSU liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert.

FDP: Blockantwort (Frage 6/7/8/11)

AfD: Die AfD kann mangels eigener Anschauung nicht beurteilen, wie die Situation sich in der von Ihnen genannten Einrichtung „Spinnboden Berlin“ darstellt. In jedem Fall haben eingetragene Vereine das Recht und die Pflicht, ihr Engagement eigenverantwortlich zu organisieren. Eine etwaige „Unterwanderung“ wäre eine Entwicklung, mit der sich die Mitglieder und letztlich der Vorstand auseinandersetzen haben.

10) Was wollen Sie dagegen unternehmen, dass einzelne Medien männliche Straftäter, die von sich eine weibliche „Geschlechtsidentität“ behaupten, als Frauen bezeichnen und dadurch Männergewalt verschleiern und dass durch die Registrierung dieser Männer als Frauen die Kriminalitätsstatistiken verfälscht werden?

Grüne: Frage wurde nicht gestellt

CDU/CSU: Frage wurde nicht gestellt

FDP: Frage wurde nicht gestellt

AfD: Das von Ihnen angesprochene Phänomen betrifft bislang nur einen verschwindend geringen Anteil der Straftäter. Gleichwohl muss die Entwicklung beobachtet werden. Für uns als AfD ist die Pressefreiheit ein hohes Gut. Entsprechend sind wir zurückhaltend bei der Bewertung medialer Berichterstattung. Die Medien sollten in jedem Fall so über das Geschlecht von Personen sprechen, dass es den biologischen und rechtlichen Tatsachen entspricht.

11) Was machen Sie dagegen, dass Frauen, die sich für auf dem Geschlecht basierenden Frauenrechte einsetzen, auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, in den sozialen Medien und den Leitmedien diffamiert werden und ihre Stimmen so zum Schweigen gebracht werden sollen?

Grüne: Gegen Frauen, aber auch gegen LSBTIQ* gerichtete Diskriminierung oder Diffamierungsversuche, werden wir GRÜNE entschieden bekämpfen. Wir werden aber genauso entschieden dagegen vorgehen, wenn die Existenz und Identität von transgeschlechtlichen Menschen in Frage gestellt und ihre Rechte nicht respektiert werden.

CDU/CSU: Antwort siehe unter 9

FDP: Wir Freie Demokraten fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und ein vollständiges Verbot sogenannter „Konversionstherapien“. Wir wollen das Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer endlich abschaffen. Für die Eignung ist nicht die sexuelle Identität maßgeblich, sondern das individuelle Risikoverhalten eines jeden Menschen. Wir setzen uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein. Dieser soll Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegenreten.

Bundes- und Länderpolizeien sollen LSBTI-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen, sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen, die Ermittlungsdienste entsprechend schulen und LSBTI-Ansprechpersonen benennen. Homo- und transfeindliche Gewalt muss im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt. Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärken. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die vor zehn Jahren von den Freien Demokraten initiiert wurde, soll dauerhaft im Bundeshaushalt abgesichert werden

AfD: Leider führen Sie nicht aus, inwiefern solche Frauen ihrer Meinung nach konkret in den von Ihnen beschriebenen Kontexten ausgegrenzt werden. Eine Antwort ist uns vor diesem Hintergrund nicht möglich.